

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zwangspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleite:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der Vertrauensmann und der Wankebrütige

Die Wogen des Lebens gehen meistens sehr hoch, gleich fürmischer See, besonders im Leben des Arbeiters. Ein geschlossenes, aus diesem Kriege noch mehr gekräftigt hervorgehobenes Unternehmertum, die Bourgeoisie, das Funktionär und der Polizeiknüppel stellen sich ihm entgegen. Wie könnte der einzelne sich gegen diese mächtige Gruppe wehren? Jeder, ob organisiert oder nicht, wird einsehen müssen, daß der einzelne dieser Mächtegruppe gegenüber vollständig ohnmächtig ist. Es ist nicht jedem vergönnt, auf einer weiten auch unscheinbaren eignen Scholle zu sitzen, sein Gemüsegärtchen dabei pflegend und in einsamer Beschaulichkeit auf seine schwer um ihr Dasein ringenden Mitbrüder teilnahmslos niederschauen zu können; der weitaus größte Teil der Arbeiterklasse wird hin und her geworfen, wie die Wirtel im Becher beim Spiel. Zwar hat dieses hin und her auch etwas gutes an sich, denn man lernt und sieht.

Wenn man genötigt ist, dann und wann zum Wanderstabe zu greifen und seinen Wohnsitz von da nach dort verlegen zu müssen, anfänglich allein, später folgt die Familie nach, je nachdem, so lernt man außer Band und Leute auch Kollegen kennen, Kollegen als Vertrauensleute und indifferente, teilnahmslose Mitarbeiter.

Ich kam auf Grund meiner Erfahrungen behaupten, daß wir zweierlei Arten von Vertrauensmännern haben, nämlich solche, die ihr Amt als ein lästiges Ehrenamt betrachten und solche, die sich auch verpflichtet fühlen alle Kräfte anzusetzen, um die übernommenen Aufgaben zu erfüllen. An schwer ist es, dieses herauszufinden. Ein Beispiel. Mir war es nicht immer vergönnt, gleich das Adressenverzeichnis der Ortsverwaltungen bei der Hand zu haben, und zum Zwecke der Verbandsanmeldung benötigte ich somit den Vertrauensmann, wenigstens glaubte ich mich an ihn halten zu sollen. Während ich nun den einen in irgend einem entlegenen Winkel des Betriebes erst aufsuchen mußte, stellte sich der andere gleich in den ersten Stunden an der neuen Arbeitsstätte mir vor mit den Worten: „Kollege, wie steht es mit dir?“ Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Arbeit des Vertrauensmannes vielseitig ist, daß er nicht gleich überall sein kann, jedoch habe ich mich in der Person des Vertrauensmannes niemals täuschen lassen. Darum, Kollegen, wer von euch zurzeit Vertrauensmann ist oder dazu bestimmt wurde, seid euch in dieser für uns so überaus schweren Zeit wie auch in Zukunft eures Amtes bewußt. In der Werkstatt ist der Vertrauensmann die Seele des Ganzen. Für ihn muß es heißen: das ist ein ganzer, aufrechter Mann, allem trotzend, mit einem Rückgrat wie die Panzerplatten der englischen Tanks.

Nun zu der leidigen Frage der Nichtorganisierten, der Indifferenten. Ein Kapitel, welches anzuschneiden mich fast schmerzt, schmerzt insofern, daß es immer noch Arbeiter geben kann, die teilnahmslos beiseite stehen, Gewehr bei Fuß, daß es immer noch Arbeiter geben kann, die angesichts der eingangs erwähnten übermächtigen Gruppe von Volkseigentümern und Arbeiterausbeutern nichts tun, daß es immer noch Arbeiter geben kann, die die Errungenschaften ihrer organisierten Mitarbeiter schmerzhaft in die Tasche stecken und im übrigen anscheinend an nichts denken.

Frägt man einen solchen Mitarbeiter: Warum organisiert du dich nicht, so hört man die wunderbarsten, aber auch die albernsten Antworten. Der eine erzählt: Ich war schon einmal beim Verband; der und der Kollege hat mich beim Meister verlastet und deshalb bin ich ausgetreten. Ich frage: Ist der Verband schuld daran? Und warum drehst du den Spieß nicht um Grund des Verbandsstatuts? Der andere konnte eine Zeilang nicht zahlen. Ich frage: Warum liebst du dir nicht Stunden, was doch gerne geschieht? Der Dritte sagt sogar: Bei mir leidet es meine Frau nicht! Sapperment, auch das soll noch ein Grund sein! Aber es kann ja immerhin vorkommen. Aber sage, mein Lieber, sollte es nicht möglich sein, deine Frau zu überzeugen? Bist du überhaupt noch Mann? Alles Ausreden, die nichts besagen.

Aber auch ich möchte an die nichtorganisierten Arbeiter die Fragen richten: Willst du zum Verräter werden an deinen Mitarbeitern? Willst du dich nicht ihnen anschließen und mitmachen im gewerkschaftlichen Kampfe? Oder hält ein dunkler Dämon deine Sinne umgarnet? Wenn das der Fall ist, dann rüttle dich auf aus deiner Unachtsamkeit! Heraus aus dem Verlies! Es ist nicht allzu schwer. Denke an die Zukunft, an Dinge, die kommen müssen und werden! Sorge für dich und die deinigen jetzt, wo es noch Zeit ist. Stöße dein Rückgrat gegen Kapitalismus und Bourgeoisie durch Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Höre auf die Stimme eines Kollegen und Mitkämpfenden, der dir manches von Unternehmernmachenschaften und andern mehr erzählen könnte. Sei stark! Sei stark im Handeln, handle schnell, ehe die Zeit verfliehet. Es geht um deine Existenz! Schäre dich um das Banner, dem sich Tausende deiner Kollegen angeschlossen haben. Dieses Banner hoch, allen voran, vom Kampf zum Sieg! Lasse den heutigen Tag den letzten sein in deiner Wankebrütigkeit!

Alle für einen, einer für alle!

A. Q.

Der Zukunftskampf um Menschenleben

Es gehört Mut dazu, inmitten der Zerstörung zu bauen. Etwas vom Heroismus der Armeise, der du ganzjährig mit dem Stock den Bau durchwühlst magst, und die du trotz allem im Moment darauf unbedröht herbeistiehlst, eine winzige Ziersteinmadel in den Kiefern, um den Schaden zu reparieren. Und wenn du dich endlich, vom dem Schauspiel gefesselt, abwendest, dann befißt dich der nicht zu brechende Fleiß des kleinen Insekts.

Etwas von dieser Armeisenheldenhaftigkeit tut auch uns not. Während der Krieg mit Gigantenkraft in der Heimat mühsam Aufgebaut über den Haufen wirt, haben wir bereits am Wiederaufbau zu arbeiten, als ob schon die Zerstörung zu Ende sei. Freilich dürfen wir darüber die Frage der Kriegsbeendigung nicht aus den Augen verlieren. Denn je länger der Krieg andauert, desto schwieriger wird natürlich der Ausgleich der entstandenen Schäden.

Aber andererseits dürfen wir auch nicht sagen: „Erst lassen wir einmal den Krieg zu Ende gehen. Wenn sich dann alle Schäden übersehen lassen, überlegen wir in Ruhe, wie sie am besten wettgemacht werden.“ Auf diese Weise würde zwischen Krieg und Wiederaufbau eine verhängnisvolle Pause eingeschoben werden, verhängnisvoll, weil auch der kleinste Ausschub das Unheil noch wachsen läßt.

Unter den „Reparaturfragen“, die uns der Krieg aufdringt, steht oben an der Ersatz der verlorengegangenen Menschenkräfte. Dieser Krieg hat so ungeheure Blutopfer erfordert, daß die Volkskraft auch eines gefunden und bisher anwachsenden Großvolkes in ihrem Kern gefährdet erscheint, wenn man die Dinge gleichgültig treiben läßt. Man darf dabei nicht nur an die unmittelbaren Kriegsverluste denken, wie sie die amtlichen Verlustlisten ausweisen, sondern fast ebenso schwer wiegen die mittelbaren, die sich ausdrücken in dem Ausfall an Geburten, der verminderten Zahl der Eheschließungen u. s. w.

Unsere Bevölkerungsstatistik vor dem Kriege ist leider recht mangelhaft gewesen. Gerade wir Sozialdemokraten haben unablässig auf eine konsequente Bevölkerungsstatistik hingearbeitet und immer wieder die schweren Schäden betont, die der Allgemeinheit hier durch Verzerrungen entstehen.

Bei dieser Gelegenheit soll gleich eine Ansicht zurückgewiesen werden, die man namentlich zu Beginn des Krieges oft mit verbüßender Leichtfertigkeit aussprechen hörte: als sei Deutschland vor dem Kriege überbevölkert gewesen. — Deutschland war vor dem Kriege so wenig überbevölkert, daß es im Durchschnitt 800 000 ausländische Arbeiter im Jahre heranziehen mußte, während die überseits Auswanderung aus Deutschland, die noch in den achtziger Jahren mehrere hunderttausend jährlich betrug, auf wenige zehntausend zurückgegangen war (im Jahre 1912 zum Beispiel 25 843 Auswanderer).

Nichtig ist allerdings, daß die starken Geburtenüberschüsse, die Deutschland vor dem Kriege auswies, eine verhältnismäßige Sorglosigkeit auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik begünstigten, die nur gemildert wurde durch die Tatsache des fortwährenden Sinkens der Geburtenzahl.

Aber erst die Kriegerverluste des Krieges haben weiteren Kreisen den vollen Ernst der Sachlage vor Augen geführt. Bestätigt doch der Krieg handgreiflich die Erkenntnis, die das Fundament unserer sozialistischen Lehre bildet: daß nämlich die menschliche Arbeit und allein die menschliche Arbeit die Quelle alles Reichtums ist. Der jetzt allenthalben fühlbare Mangel an Gütern aller Art rührt doch letzten Endes von nichts anderem, als daß nur schon dreizehn Jahre lang viele Millionen unserer besten Arbeitskräfte der Gütererzeugung entzogen sind.

Will man also unsern durch den Krieg arg geschädigten Nationalreichtum wieder aufbauen, so muß man bei der Quelle des Reichtums ansetzen — der menschlichen Arbeitskraft.

Was ist nun Bevölkerungsstatistik? Bedeutet sie, daß den einzelnen vorgeschrieben werden soll, wieviel Kinder er in die Welt zu setzen hat? — Das will natürlich niemand. Aber die Erfahrung lehrt, daß durch soziale Faktoren das Wachstum der Bevölkerung sehr stark beeinflusst werden kann.

Ein einziges Beispiel: einen sehr starken Einfluß auf die Zunahme der Bevölkerung übt beispielsweise die Säuglingssterblichkeit. So starben in Deutschland in den Jahren vor dem Kriege alljährlich über 300 000 Säuglinge im ersten Lebensjahre. Das bedeutet: es starb der fünfte bis siebente Teil der Lebendgeborenen (1912: 14,7 v. H., 1911: 19,2 v. H., 1910: 16,2 v. H.).

Aber ein Blick in die Statistik zeigt, daß es sich hier nicht um ein Naturgesetz handelt, sondern daß die Säuglingssterblichkeit durch soziale Faktoren auf das stärkste beeinflusst wird: so starben zum Beispiel im Jahre 1912 vor den ehelich Geborenen 12,5 v. H., von den unehelich Geborenen dagegen 21,3 v. H., das heißt von den unehelichen Säuglingen starben verhältnismäßig fast doppelt soviel als von den ehelichen. Andererseits betrug im Jahre 1912 die Säuglingssterblichkeit in den ostelbischen (mit starkem Großgrundbesitz segneten) Provinzen Ostpreußen 17,8 v. H., Westpreußen 19,1 v. H., Pommern 17,6 v. H., dagegen in den ebenfalls überwiegend ländlichen, aber fast bäuerlichen Ländern Schleswig-Holstein 13,0 v. H., Hannover 10,7 v. H., Hessen-Nassau 8,9 v. H., Württemberg 9,7 v. H., Baden 6,6 v. H. In Berlin betrug die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit 12,7 v. H., aber diese Zahl hat nichts mit der Berliner Luft zu tun. Denn für die einzelnen Stadtteile von Berlin lauten die Zahlen ganz verschieden: in den vornehmen Vierteln des Berliner Westens starben nur 5 Säuglinge auf 100 im ersten Jahr, in den Massenquartieren des Nordens dagegen steigt die Zahl bis auf 40 von 100!

Aufgabe der Bevölkerungsstatistik ist es nun, alle die Faktoren aus dem Wege zu räumen, welche die Bevölkerungsbewegung ungünstig beeinflussen, und die Einflüsse zu stärken, die günstig auf

das Wachstum der Bevölkerung einwirken. Dabei darf sie natürlich nicht danach trachten, so zahllos möglichst viele Menschenleben hervorzubringen, sondern sie muß streben, möglichst nur gesunde, leistungsfähige und tüchtige Menschen zu erzeugen.

Damit erstreckt sich ihre Einwirkung auf fast alle Gebiete des menschlichen Lebens: die Bevölkerungsstatistik steht am Wochenbett der schwangeren Frau wie an der Wiege des Neugeborenen, sie reißt Luft- und Lichtlose Mietkasernen in der Stadt, Wohnhöfe auf dem Lande ein, und baut statt dessen gesunde und freundliche Wohnungen. Sie räumt den vergifteten Schmutz aus der Werkstatt und wäscht über Leben und Gesundheit der Arbeitenden, sie verbietet die Kinderarbeit, beschränkt stärkstens die Arbeit der Frauen und Jugendlichen und schafft auch den männlichen Erwoachsen den gesetzlichen Höchstarbeitstag. Sie läßt grüne Oasen in den Steinwüsten der Städte entstehen, erpärt Wälder in ihrer Nähe als Lungen, sie baut Erholungsheime auch für trunks Proletariat, sie führt seine Kinder in den Ferien ins Gebirge und an die See. Sie fördert Sport und Spiel im Freien, aber vernachlässigt auch nicht die innere Bildung und Erziehung mit dem Endziel: ein gesunder Geist in einem gesunden Körper.

Der Reichsanzler Graf Hertling hat in seiner Rede vom 21. Januar den Gedanken einer Einschränkung der Künsten nach dem Kriege für „durchaus diskutabel“ erklärt und seine Verwirklichung als sehr wahrscheinlich bezeichnet. Zieht dieser Gedanke der Abweisung, dann werden ungeheure Mittel frei. Sie könnten keine schönere und bessere Verwendung finden als im Zukunftskampf für neue Menschenleben!

Erich Kuttner in Nr. 18 der Sozialdemokratischen Feldpost.

Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft

Ueber diesen Gegenstand sprach am 20. Januar in einer auf besuchten Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Kollege Kapp aus Solingen und führte dabei folgendes aus:

Eine der Kriegswirkungen ist die riesige Vermehrung von Reichtum der Unternehmer und die Verringerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel, die Steigerung der Lebenshaltung überhaupt, hat die Arbeiterklasse in ein Abhängigkeitsverhältnis von der Kriegsindustrie gebracht. Der Krieg hat alle Produktionskräfte in seinen Dienst gestellt. Die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, die Lage Durchföhrung der Arbeiterchutzgesetze, die Einführung des Hilfsdienstgesetzes, das alles hat dazu beigetragen, daß die Unternehmer besser gestellt wurden. Die Kriegsgesellschaften beschleunigten die Konzentration der Industrie. Ein Syndikat entstand nach dem andern. Dort, wo sich die Unternehmer gegen die Syndizierung sträubten, wurden Zwangssyndikate gebildet. Dadurch entstand eine Vereinigung, aber auch eine Verbilligung der Produktion und des Betriebes. Die Syndikate werden den Krieg überleben, sie werden eine dauernde Einrichtung werden und den Ausschlag in der Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft geben. Sie werden aber auch einen großen Einfluß auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse nach dem Kriege haben. Die Unternehmer werden durch die überraschenden Fortschritte der Technik und ihrer Fabrikorganisation, durch den Erfolg gelernter Arbeiter durch ungelernete Arbeiter, der Männer durch Frauen, aber ganz besonders durch die Genöhrnung der Arbeiter in höchste Kraftleistungen, nach einem Ausgleich streben für die ungünstigen Wirtschaftsbedingungen während der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden. Das Arbeiterheer ist heute in riesenhafte gewachsen. Wird es Arbeit, wird es Brot finden? Treten nach dem Kriege noch ungünstige Produktionsbedingungen der Unternehmer hinzu, dann wird die Arbeiterklasse in eine recht schwierige Lage geraten.

Kollegen und Kolleginnen! Wir nähern uns mit Riesenschritten dem Zeitpunkt, wo die Produktionsform der kapitalistischen Gesellschaft eine Aenderung erfahren wird. Dieser Zeitpunkt wird die Arbeiterklasse vor große Aufgaben stellen. Nur eine wohlgeordnete und nach jeder Richtung geschlossene Arbeiterklasse ist einer solchen Aufgabe gewachsen. Diesen Gedanken dürfen die Arbeiter nicht aus dem Auge verlieren. Die Uebergangswirtschaft wird recht lange dauern und eine Periode schwerer Existenzkämpfe im Gefolge haben. Für die Arbeiterklasse sind gewaltige Hindernisse zu überwinden. Alle Mächte der kapitalistischen Gesellschaft sind aufgeboten worden, Ausnahmegeetze, Drohungen und Verfolgungen hat die Arbeiterklasse überwunden und doch hat die Arbeiterklasse Schritt um Schritt Boden gewonnen. Wenn größere und raschere Erfolge erwünscht waren, so darf man nie vergessen, welche riesige Großmacht in dem Unternehmertum und gegenüberstand. Gegen solche Gegner kann die Arbeiterbewegung nur Erfolg haben, wenn sie ihre Kräfte nicht zerpflickert. Sind wir einig, dann werden wir jeder Gefahr entgegen sein. Mit fühltem Verstand müssen wir den Aufgaben des Tages und der Zukunft gegenübersehen.

Wie war es vor 50 Jahren? 14 bis 15jündige Arbeitszeit war an der Tagesordnung. Für Ueberstunden gab es keine Aufschläge. Sonntags vormittags wurde vielfach gearbeitet. Kinder von 6, 7 und 8 Jahren wurden gewerblich beschäftigt, für Frauennarbeit gab es keine Grenze. Die paar Arbeiterchutzbestimmungen fanden auf dem Papier, kein Mensch kümmerte sich um ihre Durchführung. Der Lohn war sehr gering, für den kranken Arbeiter war nicht gesorgt, für die Opfer der Industrie geschah gar nichts. So sah es aus, als die Gewerkschaften einsetzten, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Gewerkschaften haben es im Laufe der Jahre zu einer ansehnlichen Stärke gebracht. Mit dem Wachen der Gewerkschaften ging Hand in Hand die Besserstellung des Arbeiters. Der Krieg mit all seinen Folgen unterbrach jäh die Tätigkeit der Gewerkschaften, nicht allein in Deutschland, nein, in allen kriegführenden Ländern. Die Gewerkschaften haben dazu beigetragen, daß sich die Arbeitsbedingungen, ebenso die Rechtsverhältnisse nicht noch weit schlechter gestalteten, als sie jetzt schon sind. Das muß jeder betonen, der es wirklich mit der Arbeiterbewegung meint. Dabei braucht man nicht zu verkennen, daß auch Schritte unternommen sind, die nicht zur Nachahmung empfohlen werden können. Die ganze Haltung der Unternehmer beweist, daß ihnen die Tätigkeit der Gewerkschaften während der Dauer des Krieges unangenehm war, daß sie sie als ein schweres Genümnis in der Ausnützung der so überaus günstigen Kriegslage empfunden haben. Das lehrt uns die Arbeiterbewegung

mit den Arbeiterausschüssen nicht stattfände, sollen unter Hinzuziehung des Sanitäts vom Bezirksverband und des Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Verhandlungen aufgenommen werden. Nachdem in einer ganzen Anzahl der Betriebe Vereinbarungen zum Abschluß gebracht waren, stellte der Metallindustriellen-Verband die Anfrage, ob die Arbeiterschaft gewillt sei, jetzt an eine zentrale Regelung der Lohnzulagen heranzutreten, dem die Vertrauensleute in ihrer Sitzung vom 6. November zustimmten. Die Verhandlungen wurden aufgenommen und es kam am 20. November zum Abschluß einer Vereinbarung, die eine Lohnzulage von 14 S die Stunde in 2 Raten für alle über 18 Jahre alten männlichen Personen vorsieht und 9 S für jugendliche männliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Vereinbarung soll bis 30. September 1918 gelten. Die Lohnzulagen durch die Angriffsbewegungen ohne ArbeitsEinstellung brachten für 41.737 Beschäftigte, von denen nur 8.429 organisiert waren, in 166 Betrieben mit 44.737 Beschäftigten eine Lohnzulage von 236.571,58 M oder für jeden einzelnen der Beteiligten wöchentlich 7,65 M. In einer Abwehrbewegung gelang es, eine Entwidrigung der Affordpreise um 10,6 v. H. zurückzuwerfen. Die erreichten Verbesserungen von 170 Lohnbewegungen, wovon 185 Betriebe mit 45.077 Beschäftigten betroffen wurden, brachten für 41.109 Beschäftigte 163.515 Stunden Arbeitszeitverkürzung in der Woche und 286.571,58 M an Lohnerrhöhung für 37.458 Arbeiter. Auf 40 Wochen umgerechnet ergibt dieses mehr an Lohn 11.462.863,20 M oder für jeden beteiligten Arbeiter und jede Arbeiterin im Durchschnitt mehr an Lohn 306 M im Jahr. Außerdem ist für 139 Arbeiter ein Tarif zum Abschluß gebracht und ein Mindestlohn festgesetzt worden. Für 36.444 Beschäftigte ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden und die Affordarbeit wurde geregelt für 4.113 Personen. Der Zuschlag für Ueberstunden ist für 29.650 Beschäftigte erhöht und der Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit für 29.840 Personen geregelt worden. Außerdem wurden für 12.188 Beschäftigte sonstige Verbesserungen erreicht. Der Berichtschluß schloß heraus, daß diese Erfolge sicher erkennen lassen, welchen Wert die Organisation hat. Es kommt in Frage, daß diese Erfolge erreicht worden sind mit nur zu 20 v. H. organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen. Sicher wären größere Erfolge erreicht worden, wenn die Zahl der organisierten Kollegen und Kolleginnen 3- bis 4mal stärker gewesen wäre. Der Erfolg der Lohnbewegungen spiegelt sich jedoch nicht wieder in der ansteigenden Mitgliedschaft was seinen Grund darin habe, daß sich Bestrebungen unter solchen Arbeitern zeigen, die dem Fortschritt der Organisation hinderlich im Wege standen. Es wäre sicher von größerem Nutzen, wenn die Vertrauensleute sich mehr mit der praktischen Gewerkschaftsarbeit befassen, anstatt Dingen nachzugehen, die wohl einzelnen Gemeinwesen von Nutzen sind, der Allgemeinheit aber nur Nachteil bringen können. — Die Arbeiterzahl in Chemnitz ist vom 1. Mai 1916 bis zum 1. Mai 1917 von 30.546 auf 42.509 gestiegen, das sind mehr 11.963 gleich 39,16 v. H. Die Zahl der im Gang befindlichen Betriebe betrug am 1. Mai 1917 473 gegen 416 im Vorjahre, was eine Steigerung von 57 gleich 13,7 v. H. ergibt. Die Zahl der beschäftigten männlichen Personen betrug im Mai 1917 30.546 gegen 25.674, was ein Mehr von 4872 gleich 18,97 v. H. ergibt. Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von 4893 auf 11.963 gleich um 7070 oder um 144,49 v. H. In der Zahl von Fablen wies der Berichtschluß nach, daß sich seit dem Jahre 1909 die Zahl der Arbeiterinnen gegenüber den männlichen Personen immer mehr steigert. Im Jahre 1909 betrug das Verhältnis der Arbeiterinnen zu den männlichen Personen 3,70 v. H., im Jahre 1914 5,61 v. H., im Jahre 1916 16 v. H. und im Jahre 1917 28,14 v. H. — Die Mitgliedschaft der Verwaltungskasse betrug am Jahresabschluss 1911 gegen 7542 am Schlusse des Vorjahres, also eine Steigerung von 1519 gleich 20,19 v. H. 11.264 Kollegen befanden sich zum Jahresabschluss 1917 im Vereinsbuch und 1267 sind bis jetzt als gefallen oder im Lazarett verstorben gemeldet worden. — Zum Arbeitsjahr 1918 ist zu bemerken, daß während der Kriegszeit eine Anzahl Unternehmer sich um Leute an diesen Orten, wohingegen die Meldung der bekannten Stellen durch die Vertrauensleute fast nicht mehr durchgeführt wird. Gemeldet wurden 274 Stellen und Arbeitsuchende waren 284 vorhanden. Veseht konnten wegen Mangel an geeigneten Kräften nur 59 Stellen werden. Während des Geschäftsjahres schloß sich die Schlofferinnung dem städtischen Arbeitsnachweis an, weshalb beim Metallarbeiter-Verband angefragt wurde, ob man gedenke, die Vermittlung für Wauschloffer dem städtischen Arbeitsnachweis zu überlassen und ob ein möglicher Beitrag gezahlt werden könne. Die Verwaltung erteilte Antwort dahingehend, daß die Verwaltung sich bereit erkläre, die Vermittlung von Arbeit an Wauschloffer einzustellen, sobald im Einzelverständnis mit der Schlofferinnung und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband in Chemnitz ein Reglement geschaffen werde, durch welches die Arbeitsvermittlung für Schlofferinnung und Arbeiter für Schlofferinnung bereit geregelt wird, daß die tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen beachtet werden. Zur Höhe des zu leistenden Beitrages würde in einer späteren Sitzung Stellung genommen werden. Eine Antwort vom Räte ist hierauf jedoch nicht eingegangen. — Die Einnahme der Hauptkasse betrug 274.324,20 M, die der Lokalkasse 114.634,87 M. An Ueberführung wurde gezahlt aus der Hauptkasse an 2930 Mitglieder 67.642,38 M, aus der Lokalkasse an 11.076 Empfänger 10.651,64 M. — Zum Schlusse wies der Bevollmächtigte nochmals auf die große Zahl der neu in die Metallindustrie eingetretenen Arbeiter und Arbeiterinnen hin. Diese zu organisieren, sei eine dringende Aufgabe, denn wenn im Geschäftsjahre die Arbeiterschaft als angreifender Teil in Frage gekommen sei, so müsse für das kommende Jahr auf die Abwehr Bedacht genommen werden, weil die Unternehmer im Chemnitzer Industriegebiet sich nur dahin aussprechen, daß sie, sobald ihnen die Zeit günstig erscheine, zu Lohnverhandlungen greifen werden. Einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einen Damm entgegenzusetzen, bedarf einer kräftigen und gut disziplinierten Arbeiterorganisation. Unterläßt dieses die Chemnitzer Arbeiterschaft und jagt Dingen nach, die ihr nur Schaden bringen, so wird sie auch auf wirtschaftlichem Gebiet Nachteile haben, denn nur einig und geschlossen kann die Arbeiterschaft ihre Interessen wahren. — Nachdem der Kassierer noch einige Erläuterungen zur Abrechnung gegeben hat und die letzte Vierteljahresrechnung richtig gesprochen war, wurden noch einige sonstige Verbandsangelegenheiten in der außerordentlich stark besuchten Generalversammlung geregelt.

Danzig. Jahresgeneralversammlung am 27. Januar. Kollege Arczynski gab den Kassierbericht. Die Hauptkassenschloß in Einnahme und Ausgabe während des letzten Vierteljahres mit 27.042,47 M ab, die Lokalkasse mit 13.793,50 M. Der Kriegshilfsfonds hat eine Einnahme von 1004 M und eine Ausgabe von 588 M. Die Beitragsleistung ist eine gute, was hauptsächlich auf die Wiedereinführung der wöchentlichen Hauskassierung zurückzuführen ist. Die Erhöhung des Lokaltarifes hat keinen Rückgang in der Mitgliederzahl bewirkt, ein Zeichen, daß die Mitgliedschaft die Notwendigkeit der finanziellen Stärkung des Verbandes voll einseht. Die Beitragsleistung beträgt auf den Kopf 13,73 Beiträge. Wenn auch unser Wunsch, das Jahr mit 2500 Mitgliedern zu beschließen, nicht ganz in Erfüllung gegangen ist, so haben wir gegenwärtig diese Zahl doch schon überschritten. Die Mittelübernahme beträgt 362. Zum Jahresabschlussübergang, bemerkte Redner, das das 1. Vierteljahr am günstigsten abzulaufte. Die Hauptkassenschloß mit 57.878,86 M, die Lokalkasse mit 25.178,85 M und der Kriegshilfsfonds mit 1326,12 M ab. 505 Mitglieder wurden zum Kriegsdienst eingezogen, seit 1914 1377. Die Abrechnung weist im allgemeinen einen guten Stand auf. Allerdings muß darauf getachtet werden, die örtliche Kasse auf einen größeren Stand zu bringen, um allen Anforderungen, die uns bei Friedensschluß bevorstehen, gerecht zu werden. Unser Verbandstag in Köln hat von einer Beitragserrhöhung Abstand genommen, unsere Aufgabe muß nun sein, das drückt nachzugehen, damit wir besonders in Bezug auf die Arbeitslosenfürsorge gerüstet dastehen. Das Staat und Gemeinde hier versäumen, werden die Gewerkschaften wieder gut zu machen haben. Zum Wofte unserer Zeit Jahr und Tag für uns kämpfenden Brüder und ihrer Angehörigen sind wir verpflichtet, diese Frage als die erste und dringendste zu behandeln. Freilich kann auch diese Frage

Erfolg nur dann bringen, wenn die große Masse der Arbeiter diese Angelegenheit zu der ihrigen macht und vor allem die große Zahl der unorganisierten Metallarbeiter und Arbeiterinnen zum Verbandsaufrufen. Unter Verzicht auf eine Aussprache wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. — Den Kassierbericht gab Kollege Sabenicht. Im allgemeinen habe das Kartell nicht das geleistet, was die Arbeiterschaft erwarten konnte. Im Vordergrund stehen die Ernährungsfragen. Wenn wir auch nicht ganz ohne Einfluß auf diesen Gebiete sind, so muß doch angesichts der Wichtigkeit der Sache unsere Mitarbeit größer werden. Leider ist durch unkluges Verhalten der Arbeiter manches verloren gegangen, was mit vieler Mühe erreicht wurde. In seiner jetzigen Zusammenfassung ist das Kartell nicht so arbeitsfähig wie es sein möchte. Bei der letzten Wahl einer Statutenberathungskommission wurde kein Metallarbeiter gewählt, trotzdem der Metallarbeiter-Verband die größte Gewerkschaft ist, wohl aber ein Vertreter eines Verbandes, der noch nicht 200 Mitglieder hat. Das sei ein ungesunder Zustand, der beseitigt werden muß. — In lebhafter Aussprache erklärten Bühlrig, Klein, Karschewski, Krahn und Lumewitz, daß eine entsprechende Arbeit nur möglich sei, wenn den Metallarbeitern dasselbe Recht wird, wie jeder anderen Gewerkschaft, wenn entsprechend der Stärke Rechte und Pflichten verteilt werden. Kollege Arczynski unterbreitete der Versammlung im Namen der Verwaltung und der Vertrauensleute nachfolgendes Entschließen: „1. Auf Grund des geltenden Statutes ist sofort eine Kartellversammlung einzuberufen und dort die Wahl einer Statutenberathungskommission vorzunehmen, in der die Metallarbeiter entsprechend ihrer Stärke vertreten sind. 2. Nach erfolgter Statutenrevision hat sich das Kartell neu zu ordnen.“ — Zum Geschäftsbericht übergehend führte Arczynski aus, daß auch das Jahr 1917 den Völkern den längst ersehnten Frieden nicht gebracht habe. Not und Entbehrung haben wir erleiden müssen und noch weiter schwebt und das Gespenst des Hungers vor den Augen. Auch dann noch werden wir den Schmachtrien anziehen müssen, wenn, was zu wünschen sei, die Kanonen ihren Schloß beginnen. Was dieser Weltkrieg an wirtschaftlichen Gütern zerstört hat, werde die fleißigste Friedensarbeit der kommenden Jahrzehnte nicht wieder einbringen, soweit überhaupt zerstörte Anlagengüter wieder erschaffen werden können. Zu diesem nicht erfreulichen Zeichen komme die Tatsache, daß den Gewerkschaften bei Friedensschloß die größten Aufgaben gestellt werden. Wir müssen uns stets bewußt sein, daß dann alle Schranken, die dem wilden Gesetz, dem des „freien Spiels der Kräfte“ im Kriege gesetzt sind, fallen werden und der Kampf wie wir ihn vor dem Kriege kannten, reiflos wieder einsetzen wird. Am Orte war das Verbandsleben sehr reg. Durch die stetig wachsende Lauerung veranlaßt, forderte die Arbeiterschaft Aufbesserung der Löhne und sonstiger Bedingungen. Erfolgreich war die Bewegung in der Waggonfabrik mit 500 Beschäftigten. Die durchschnittliche Lohnerrhöhung beträgt hier für den einzelnen 5,50 M die Woche. Bei der Firma J. W. Krawitzer, Schiffswerft, konnte die Bewegung nicht zum vollen Erfolg geführt werden, weil der größte Teil der Arbeiterschaft sich auf ein Verträge mit der Firma einigte, als es der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vorsch. Für den einzelnen ist der Verdienst durchschnittlich um 9 M die Woche gestiegen. Ebenso wurden Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsstunden gewährt. In den königlich technischen Instituten der Gemeindefabrik, Artilleriewerkstatt und Artillerieleopold, hatten die Lohngehenden der Erhebung. Teile der Wünsche, wie die Erhöhung der Leistung für den doppelten Haushalt von 75 S auf 2 M den Tag, sowie die Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit mit 30 S ist bewilligt. In diesen Betrieben ist die Organisation jung und daher schwieriger, etwas zu erreichen. Die Bewegung auf der Kaiserlichen Werft mit rund 7000 Beschäftigten brachte eine Lohnzulage von 5 S die Stunde unter Wegfall der bisherigen Lauerungszulage. Die Arbeiterschaft gab sich hiermit nicht zufrieden und es kam Anfang Dezember zu Verhandlungen mit dem Reichsmarineamt unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter. Hierbei wurde erreicht, daß eine Lauerungszulage für alle verarbeiteten Arbeiter und diesen gleich zu achtenden Personen von monatlich 9 M gezahlt wird. Ebenso eine allgemeine Lohnerrhöhung von 2 S die Stunde am 1. April 1918. Die Monatslöhner erhielten eine weitere Zulage von 10 M. Die Befreiung von Arbeitsleistung und die Abgabe zu ermäßigten Preisen wurde zugesagt. — Eine Geschichte beispiellosen Kampfes war die Bewegung bei der Firma F. Schichau, Schiffswerft. Befürchtlich wurde der Verstoß durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses 50 v. H. ihrer bestehenden Forderung zugesprochen. (Siehe Metallarbeiter-Zeitung 1917, Nr. 49.) Die Firma unterwarf sich jedoch dem Spruche nicht, und es kam zu einem heftigsten Kampfe um die Anerkennung der Rechte der Arbeiter, wie auch zur Durchsetzung der Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes. Nach diesem steht jedem Arbeiter ein Ablehnschein zu, wenn eine Partei den Spruch nicht annimmt. In unserem Falle wurde denn auch ein solcher erteilt, der folgendenmaßen lautete: „... Dieser Schein ist bei der einzustellenden Firma abzugeben. Dem... geb... der vom... bei der Firma F. Schichau in Danzig beschäftigt war, wird gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst diese Befreiung als Ablehnschein erteilt, um bei einer Werft in Danzig oder in Elbing in Beschäftigung zu treten.“ Die Einschränkung, bei einer Firma in Danzig oder in Elbing, hat den Ablehnschein zu einem wertlosen Stück Papier gemacht. Die Verstoßkarte konnte also bei Schichau in Danzig ausfüllen und bei Schichau in Elbing, oder falls man sich diese Mühe nicht machen wollte, bei Schichau in Danzig wieder anfragen. Also bei derselben Firma, die den Schiedspruch nicht annehmen wollte. Einige Arbeiter, die trotzdem diesen Schein nahmen und versuchten, in anderen Betrieben einzutreten, wurden mit der Bemerkung abgewiesen: „Von Schichau darf niemand eingestellt werden.“ Tatsächlich machten denn diese Leute eine lästige Aussperrung durch und folgten nach Ablauf dieser Zeit dem Rufe zur Fahne. Hier haben wir ein Zeichen dafür, wie die Unternehmer die Gesetze umgehen und selbst im tiefsten Hurdgraben vor stiller Aussperrung nicht zurückbleiben. Durch Verhandlungen vor der Kriegsamtsstelle Danzig und dem Kriegsamte in Berlin war es möglich, alle einschränkenden Bestimmungen des Ablehnscheines rückgängig zu machen. Die Verstoßkarte erreichte in dieser Bewegung eine Erhöhung der Lauerungszulage von 3,75 M und 1 M Lohnzulage die Woche. Der Arbeiterausschloß soll spätestens am 1. April 1918 ins Amt gesetzt werden. (Im Dezember 1916 trat das Hilfsdienstgesetz in Kraft.) Die Arbeiterschaft ist mit diesen Zuständen nicht zufrieden, verfaßt aber die Folgerung daraus zu ziehen, die nur die sein kann, daß sie sich reiflos der Gewerkschaft anschloß. Die große Zahl der Unorganisierten ist wohl hin und wieder ertagt, räumt auch gelegentlich reiflos die Werk, aber durch solche Ausbrüche kommt sie nicht einen Schritt näher zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile. Da kann nur durch geöffnede Organisation geholfen werden. Die Firma kennt die Zerissenheit der verschiedenen örtlichen Vereine auf ihrer Werft und muß es sehr Aug zu ihrem Vorteile aus. Möchten die Arbeiter endlich einmal die Lehre daraus ziehen! — Rückblickend auf unsere Arbeit können wir sagen, daß unsere Pflicht getan ist. Wenn nicht alles in Erfüllung gegangen ist, was unser Wunsch war, so deshalb, weil leider noch der größte Teil der Metallarbeiter unserm Verbands fernsteht. Diese zur Organisation aufzurufen, muß Pflicht eines jeden Kollegen sein! Es nur werden wir unserer Aufgabe, dem Lager der Gewerkschaft, der Arbeiterschaft hilfreich zur Seite zu stehen, jederzeit gerecht werden können. — Der vorgerückten Zeit wegen nahm die sehr stark besuchte Versammlung von einer Aussprache Abstand. Der Vorsitzende schloß diese mit der Aufforderung zur tatkräftigen Mitarbeit.

Dresden. Generalversammlung am 3. Februar. Aus dem vom Kollegen Marx erläuterten Geschäftsbericht für das Jahr 1917 ist folgendes zu entnehmen: Im allgemeinen waren die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie in Dresden auch im Jahre 1917 gut beschäftigt, wie aus den Berichten der Mitgliedschaften zu ersehen ist. Wenn nun auf der einen Seite glänzende Gewinne für Unternehmer und Aktionäre durch die Kriegswirtschaft erzielt wurden, haben die geistigeren Arbeitssöhne aber mit den Lebensmitteln- und Warenpreisen nicht Schritt gehalten. Bei einer durchschnittlichen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung um 200 bis 300 v. H. dürften

die Arbeitsverdienste der großen Masse kaum mehr als 60 bis 90 v. H. in die Höhe gegangen sein. Lohnbewegungen wurden im Laufe des Jahres 189 beendet, davon waren 180 Angriffs- und 9 Abwehrbewegungen. Bei den Angriffsbewegungen kamen 111 Betriebe und 6 Branchen, die 42.867 Beschäftigte umfaßten, in Betracht. Außerdem wurden durch die Vereinbarung vom 4. Juni über die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich 191 Betriebe mit 29.150 Beschäftigten. Abwehrbewegungen mußten in 3 Betrieben mit 691 Beteiligten durchgeführt werden. In 39 Betrieben und drei Branchen waren wiederholt Bewegungen zu verzeichnen. An den Bewegungen waren 78.015 Personen beteiligt, darunter 30.870 Arbeiterinnen. Unserm Verbands gehörten 25.733, anderen Gewerkschaften 5497 Beteiligte an. Bei den Angriffsbewegungen wurde in 264 Betrieben für 30.885 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 100.334 Stunden die Woche erzielt. Verdiensterhöhungen wurden in 144 Fällen für 18.820 Personen, soweit ein Nachweis möglich ist, von 80.242,92 M die Woche erreicht. Außerdem sind noch bei 53 Bewegungen mit 58.172 Beteiligten Verdiensterhöhungen als nicht berechenbar, festgelegte Lohnzulagen für später, bessere Affordberechnungen, Festlegung des Stundenlohnes für Affordarbeiter mit 80 v. H. des durchschnittlichen Dienstlohes, Erhöhung von Mindestlöhnen, Bau- und Landzulagen, sowie Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung zu verzeichnen. Eine Erhöhung der Zuschläge für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, wie für Nachschichten trat in 19 Betrieben mit 10.011 Beschäftigten ein. Erfolglos endeten 10 Bewegungen mit 809 Beteiligten. Durch Abwehrbewegungen wurde in 9 Fällen für 3 Betriebe mit 270 Beteiligten eine Verdiensterschlechterung infolge Affordregulierung ganz oder teilweise abgewehrt. Vor dem Schlichtungsausschloß fanden 22 Bewegungen mit 81 Betrieben und 1450 Beteiligten ihren Abschluß. Bei einem Teile der abgeschlossenen Tarifverträge wurde eine zeitgemäße Anwendung mit teilweisem Erfolg durchgeführt. Zurzeit bestehen im Bereiche der Verwaltungskasse 37 Verträge, die 400 Betriebe mit 4802 Beschäftigten erfassen. Das vergangene Jahr war reich an Arbeit und hätte bei einer besseren Organisation mehr erreicht werden können. Nach einer im Dezember ausgenommenen Statistik wurden im Gebiete der Verwaltungskasse 48.600 einschließlich 21.400 Arbeiterinnen in der Metallindustrie beschäftigt, außerdem 4090 Lehrlinge. Da am Jahresabschluss unserm Verband 12.000 angehörten, sind nur 24,6 v. H. gegen 83 v. H. in Friedenszeit in unserm Verband organisiert. Ein großer Teil gehört noch anderen Verbänden an, was sich zahlenmäßig nicht feststellen läßt. Unter den Kriegsmassnahmen ist zu erwähnen, daß auch dieses Jahr wieder allen Familien unserer zu Kriegsdienst eingezogenen Kollegen ein Antrag, soweit als möglich geholfen wurde. Die Frauarbeit nimmt immer größeren Umfang an. Unserm Verband gehören zurzeit 3299 Arbeiterinnen an, eine kleine Zahl gegen die in der Metallindustrie Beschäftigten. Trotzdem sind durch unsere Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerade für die Arbeiterinnen ganz bedeutend verbessert worden. Durch eine Verfügung des Reichskanzlers ist die Ueberarbeit und Nacharbeit der Arbeiterinnen und Jugendlichen eingeschränkt worden. Gleichfalls versuchte die Verbandsleitung der Ausbreitung der Schundliteratur entgegenzuwirken. Die Lehrlinge wurden viel vom Fortbildungsschulunterricht entbunden, worunter die theoretische Ausbildung ohne Zweifel leidet, zumal da die praktische auch meist einseitig erfolgt. Vor der Kriegsamtsstelle fanden Aussprachen statt über die Einlegung von Festschichten infolge Rohen- und Materialmangel. Zu der angeregten Einführung der durchgehenden Arbeitszeit erklärte das Generalkommando, daß nicht beabsichtigt sei, in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Industrie eingreifen zu wollen. Durch die Vereinbarung vom 4. Juni mit den Industriellen wurde der Reunthentag für die Metallindustrie eingeführt. Des weiteren mußten wir uns in der Öffentlichkeit gegen Angaben über fabelhafte Verdienste der Dresdner Klüppelarbeiter wehren. Gleichfalls wurde vor der Kriegsamtsstelle Aussprache gepflogen über die Wirkung des Arbeitsbrotts, wie her in einzelnen Betrieben zur Verteilung gelangten Flugblätter. Die ungeheuerlichen Preissteigerungen aller Lebensmittel und Verbrauchsgüter wurden eingehend vor Vertretern des Landes Lebensmittellandes und der Kriegsamtsstelle besprochen und den Arbeitern konnte nur der Rat gegeben werden, daß auf eine Preissteigerung der Lebensmittel auch eine Steigerung der Verdienste der Arbeiter folgen muß. — Bezüglich des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst hat sich die Arbeiterschaft der Metallindustrie ihre Rechte gewahrt. Am 25. Oktober war die 100. Sitzung des Schlichtungsausschusses und waren bis dahin 1082 Fälle verhandelt, davon waren 915 Fälle mit 747 Arbeitern und 168 Arbeiterinnen Einzelklagen und 167 Kollektivklagen, woran 9617 Arbeiter und 5878 Arbeiterinnen beteiligt waren. Außerdem waren auf Ersuchen der Kriegsamtsstelle 1176 Feststellungen erfolgt. — Die Jugendabteilung ist zugunsten der neuerstichteten Vereinigung Dresdner Arbeiterjugend aufgestellt und dieser angegliedert worden. — Die Agitation wurde in gewohnter Weise betrieben. Im Jahresabschluss waren 885 Vertrauenspersonen tätig. Der Richtungsstreit in der Partei wurde auch in einzelnen Bezirken in der Mitte des Jahres in unsere Organisation zu tragen gesucht und hat dort der Agitation Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Seit September ist aber eine Bewegung eingetreten und seit dieser Zeit steigt unsere Mitgliederzahl, welche am Jahresabschluss mit 12.042 die des Vorjahres um 1231 übersteigt. Bei der nun hoffentlich recht bald folgenden Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft sind neue schwierige Aufgaben zu lösen. Die Schanzmacher im Unternehmertum haben schon die Herauslösung der angeblich hohen Kriegslöhne angelündigt und stehen in der Folgezeit schwere wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiterschaft bevor, die nur bei einer geschlossenen Organisation erfolgreich durchgeführt werden können. Wer sich abseits des ewaltigen Ringens stellt, schädigt sich selbst, seine Mitarbeiter und untergräbt die gesunde Grundlage unserer Industrie. — Zum Kassierbericht führte Kollege Deuterich aus, daß die Einnahmen der Hauptkassenschloß trotz Mittelübernahme zurückgegangen sind, da die Zahl der männlichen Mitglieder (70 S-Klasse) um 177 zurückgegangen ist, während die Jugendlichen um 187, die Weiblichen um 1221 zugenommen haben, was ein Mehr von 1408 der 30 S-Klasse gegen das Vorjahr ausmacht. Zum Militär wurden 723 Kollegen mehr eingezogen, als sich vom Militär zurückmelden. Die Einnahmen der Hauptkassenschloß an Beiträgen und Beitragsrückgaben betragen 331.276 M, um 12.249 M gegen das Vorjahr weniger. Die Ausgaben sind um 54.019 M gegen voriges Jahr auf 168.842 M gestiegen. Die Einnahmen der Lokalkasse aus Lokaltarifen und dem Anteil der Hauptkassenschloß betragen 144.576 M, gegen das Vorjahr 11.041 M mehr. Die Gesamtausgaben sind mit 170.262 M um 18.566 M zurückgegangen. Der Kassierbericht betrug am Jahresabschluss in der Lokalkasse 31.484 M, wozu noch die in Sportholen usw. angelegten Gelder mit 109.805 M kommen. Demgegenüber steht noch ein 1914 beim Hauptvorstand aufgenommenes Darlehen von 50.000 M, so daß der Bestand der Lokalkasse am Jahresabschluss 91.289 M betrug. — In die eigene Ortsverwaltung wurden die bisherigen Mitglieder einstimmig wieder bestätigt, für die ausgeschiedenen Kollegen Emil Ullrich, Max Ullrich und Rangoz wurden neu gewählt Werthold, Reinreich und Ullmann. Die Wahlen zu der Bezirkskommission und dem Gewerkschaftskartell wurden glatt vollzogen. Ein Antrag auf Regelung der Auspandberufung wurde einstimmig angenommen. — Unter Verbandsangelegenheiten gab Marx auf Anfrage Auskunft über die Ausstandsberatung im Gebiete der Verwaltungskasse Dresden. Die Gewerkschaft hat mit diesem Streik nichts zu tun und steht ihm nach der Erklärung der Generalkommission neutral gegenüber. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde berichtet, daß in den Betrieben allgemein infolge der jetzigen Lage eine steigende Unzufriedenheit herrscht. Von diesen Verhältnissen soll durch die lokalen und zentralen Instanzen unseres Verbandes den maßgebenden Behörden Kenntnis gegeben werden.

Hildesheim. Lohnbewegung. Einmal langen und jähen Kampf haben die Hildesheimer Metallarbeiter abgeschlossen. Auf Grund eines Verbandsbeschlusses wurden sämtliche Firmen am 1. November 1917 Forderungen überreicht. Diese bezogen sich in der Hauptsache auf die Feuerregelung der Grundlöhne. Solche

waren für Facharbeiter, Maschinenarbeiter, Bohrarbeiter und Arbeiterinnen getrennt aufgestellt worden. Außerdem wurden Vorschläge bezüglich der Arbeit und der Zuschläge für Lieberstunden und Nachschichten gemacht. Einige kleine Betriebe gingen auf die Vorschläge sofort ein. Die drei größeren Betriebe lehnten sie ab und versuchten, die Angelegenheit zu verschleppen. Man verbesserte wohl da und dort einigen Arbeitern den Verdienst; auf die Forderungen ging man aber nicht ein. Man bezeichnete sie als „Berliner Forderungen“, die für die Silberhämmer Unternehmer unannehmbar wären. Auch die Kriegsamtstelle Hannover vermochte nicht helfen einzugreifen. Hierdurch und vor allen Dingen durch die lange Verschleppung der Angelegenheit war in den Kreisen der Arbeiterschaft eine äußerst gespannte Stimmung entstanden. Schon am 17. November ruhte im größten Betriebe die Arbeit auf einige Stunden vollständig. Die Sache wurde dann dem Schlichtungsausschuss überwiesen. Auch hier verzögerte sie sich den ganzen Januar hindurch, was natürlich auf die Stimmung der Arbeiter nicht besser wirkte. Endlich am 2. Februar trat dann der Schlichtungsausschuss zusammen, um die Sache zu erledigen. In diesem Zuge war die gesamte Polizeimannschaft und wie wir erfahren haben, auch Militär aufgebieten, weil man Verwickelungen befürchtete. Als Hauptmittel für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes trat Kollege Behrens, für die christlichen Metallarbeiter der Bezirksleiter Siemisch auf. Die Unternehmer hatten fünf Vertreter entsandt. Nach Verlesung der Forderungen der Arbeiterschaft durch den Vorsitzenden erhoben die Vertreter der Arbeiterschaft Einspruch gegen die Anwesenheit einer Stenographin der Firma Senking. Der Kollege Behrens begründete seinen Antrag damit, daß zu befürchten sei, den Arbeiterschauspielmittgliedern könnten durch einen falschen Jungenschlag Unannehmlichkeiten bereitet werden. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, das Stenogramm in seine Verwahrung zu nehmen. Auch konnte die Uebersetzung im Dienstzimmer des Schlichtungsausschusses erfolgen und das Protokoll bei den Akten verwahrt werden. Eine Ausbändigung sollte nur auf Wunsch der Parteien erfolgen. Da die Anfertigung eines Stenogramms unter diesen Umständen voraussichtlich zwecklos sein würde, entließ die Firma Senking die Stenographin. Dann erst trat man in die Verhandlung ein. Behrens begründete die Forderungen der Arbeiter in längeren Ausführungen. Der Vertreter der christlichen Metallarbeiter schloß sich seinen Ausführungen an. Nach einer längeren Aussprache zwischen den Parteien stellte die Firma Senking den Antrag, die Sache um 8 Tage zu verlagern, damit die Unternehmer unter sich Beratungen pflegen könnten. Die Vertreter der Arbeiter erhoben hiergegen Einspruch und bestanden auf Erledigung; das müsse möglich sein, da die Firmen doch jedenfalls mit einem bestimmten Plan zu der Verhandlung erschienen seien und angeben könnten, wieweit sie den Forderungen entgegenkommen wollen. Um aber den Firmenvertretern Gelegenheit zur Beratung zu geben, wurde die Sitzung um eine halbe Stunde unterbrochen. Nach Wiederanfang der Verhandlung teilte der Obermeister der Firma Senking mit, daß seine Firma folgende Zugeständnisse machen wolle: Der Stundenlohn für Lohn- und Maschinenarbeiter beträgt 70 S (früher 44 bis 55 S). Die Facharbeiter erhalten 75 S Stundenlohn (früher 55 S). Für Frauen sollen 40 S (früher 33 S) gezahlt werden. Die Arbeitervertreter erklärten ihre Zustimmung zu der Lohnfestsetzung, schlugen aber vor, den Stundenlohn der Facharbeiter auf 80 S festzusetzen, da die Spannung zwischen dem Lohn ungleicher Arbeiter und der Facharbeiter zu gering sei, zudem bilde ein Lohnsatz von 75 S keine angemessene Entschädigung für Facharbeiter, die dauernd in Lohn beschäftigt werden. Tatsächlich erhalten einzelne Arbeiter jetzt schon höhere Löhne und für diese würde eine Veranschlagung eintreten. Die Firma erklärte darauf, daß die Facharbeiter, welche immer in Lohn beschäftigt werden, einen entsprechend höheren Lohn erhalten. Man schlug den Geh von 100 S vor. Bei Eingelieferten über Stundenlohn und Abschläge wurde nachfolgende Verständigung getroffen: Ferner wird für die Lieberstunden ein Zuschlag von 25 und 50 v. S. auf den tatsächlichen Stundenlohn gewährt. Früher wurde ein Grundlohn von 40 S in Anrechnung gegeben. In Zukunft soll für jede geleistete Lieberstunde ein Zuschlag von 10 S gezahlt werden. Bisher gab es dafür keine Zulagen. Mit dem Angebot in dieser Fassung erklärten sich die Arbeiter einverstanden. Nach den vorausgegangenen erschöpfenden Aussprachen hat die Regelung bei der Firma Althorn geringere Schwierigkeiten. Die Parteirepäsentanten begnügten sich mit der Festlegung der besonderen Verhältnisse bei dieser Firma. Deren Vertreter jammerten trotz anfänglicher grundsätzlicher Bedenken gegen das Angebot der Firma Senking diesem Angebot doch zu. Mit dieser Regelung ist nun der Friede in der Silberhämmer Metallindustrie gewahrt. Weidertig wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß damit ein gedeihliches Handbündelarbeiten für die Zukunft gesichert ist. Besonders wurde betont, daß späterhin ähnliche Streitfälle durch Verhandlungen mit den Organisationen schneller und ohne die bestmögliche Einseitigkeit Schlichtung werden können. Dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses wurde von den Parteien der Dank für die aufreibende Leistung der fünfständigen Verhandlung ausgesprochen. Die Metallarbeiter haben dann am 6. Februar in einer überaus feierlichen Versammlung zu dem Ergebnis Stellung genommen. Sie erklärten sich mit den Zugeständnissen einverstanden und nahmen einstimmig folgende Resolution an: „Die am 6. Februar im Gewerkschaftshaus versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe von Althorn und Senking nehmen Kenntnis von den Verhandlungen und Zugeständnissen in Sachen ihrer Lohnbewegung. In der Erwägung, daß die Zugeständnisse und Abmachungen von den Arbeitgebern stichhaltig eingehalten werden, erklären sich die Arbeiter und Arbeiterinnen beider Betriebe für die Verwirklichung der Lohnbewegung. Die Arbeiterschaft hat aus dem ganzen Gange der Lohnbewegung die Erfahrung gemacht, daß nur durch die Hilfe und Unterstützung der Organisationen die Lohnbewegung zu einem guten Ende geführt ist. Sie verpflichten sich daher, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben dieses zu unterstützen.“ — Der Arbeiterausschuss der Firma Senking hatte seine Einwilligung zur Abgabe vor dem Schlichtungsausschuss zurückgezogen. Sollte nun diese Firma nicht auch nach den obigen Abmachungen die Verdienste der Arbeiter regeln, so wird es Sache der Arbeiter sein, erneut in eine Lohnbewegung einzutreten. Sollte der gesamte Silberhämmer Metallarbeiter nicht es nun sein, daß für die Lohnbewegung selbst bei unzureichender Unterstützung der Mitglieder gebreicht.

Rundschau

Reichstag.

Wie früher als in gewöhnlichen Jahren ist der Reichstag am 19. Februar d. J. wieder zusammengetreten, um neben dringenden anderen Arbeiten auch den Reichshaushalt für 1913 festzustellen. Zunächst wurde seinerzeit eine erhebliche Aufgabe, nämlich die Verwirklichung des in Stinnes-Dreht mit der jüngsten einmündigen Weltregierung abgeschlossenen Friedens, das erste, der wichtigsten eines Teil des zünftigen Völkerruhes beendete. Dieser Friede war die Reichsgewaltigkeit auf Grund ihres Beschlusses vom 19. Juli 1917 auf allen Fronten herbeizuführen wählte. Es besteht begründete Aussicht, daß die Reichsgewaltigkeit, was sie ist und nicht zuletzt auf ihren Standpunkt setzen bleibt, auch bei dem wachsenden Friedensschicksalen ihren erheblichen Einfluß in gleicher Weise zur Geltung bringen kann und bringen wird.

Nicht zu verwundern ist, daß bei einem so schweren und unangenehmen Werk, wie diesem Friedensschicksal, gegen manche Befürworter Bedenken wahrgenommen werden. Auch ist die unangenehme Volkswirtschaft in diesem Jahr festgesetzter Stand, noch sind keine

Grenzen nach außen nicht endgültig festgelegt, und seine Vertreter ermahnen der Schulung, die in weiter fortgeschrittenen Ländern des europäischen Westens dem Staatsmann gefällig ist. Daraus ergeben sich vielerlei Schwierigkeiten. Wenn im besonderen bei dem ukrainischen Frieden über die Cholmer Grenze ein Zwist zwischen Polen und Ukrainern entstanden ist, der in Österreich zu lärmenden politischen Ausbrüchen mit vielleicht noch weitreichenden Folgen, im neuen Polenstaat zu heftigen Erschütterungen geführt hat, so darf man bei alledem doch nicht übersehen, daß, wäre man umgekehrt verfahren, das heißt hätte man die Grenze zugunsten der Polen auf Kosten der Ukrainer verschoben, ebenfalls Unzufriedenheit erweckt worden wäre. Die Völkermischung ist im Osten so stark, die Hilfsmittel zu einer klaren Entschcheidung, die bei uns die Verwaltungsaufstellungen, die Statistik, die ethnographische Wissenschaft, die Reisebeschreibungen zu geben vermögen, sind dort so ungenügend, daß wirklich keine Handlung staats- oder verwaltungsrechtlicher Natur vorgenommen werden kann, ohne Widerpruch auszulösen. Man wird die Sache mit der Cholmer Grenze in der einen oder andern Weise zu leidlicher Zufriedenheit beider Beteiligten demnächst zu Ende führen können, wir freuen uns jedenfalls zunächst der Tatsache, daß wir erst einmal auf einem Teil der Front zum Frieden gekommen sind.

Zu lebhaften Erörterungen kam es im Reichstag über einen Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Freilassung des in Straßburg sitzenden Abgeordneten Dittmann. Die Ereignisse, die zu seiner Verhaftung geführt haben, wie auch das gegen ihn gefällte kriegsgerichtliche Urteil sind unseren Lesern bekannt. Die Frage, ob ein in Straßburg sitzender Abgeordneter auf Verlangen des Reichstags freigelassen werden müsse, ist strittig; der Reichstag im ganzen wie auch große Parteien im besondern haben sie nicht immer gleichmäßig beantwortet. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß schon der jetzige Artikel 31 der Reichsverfassung die Möglichkeit bietet, daß der Reichstag die Freilassung erzwingen kann. Die Mehrheit des Reichstags hat anders entschieden. Es wird nun Aufgabe der Reichsgesetzgebung sein, die Streitfrage aus der Welt zu schaffen, indem zunächst der Reichstag dem Beschluß seines Verfassungsausschusses beiträgt, durch eine Ergänzung des Artikels 31 ausdrücklich festzusetzen, daß auch Straßburg zugunsten der parlamentarischen Tätigkeit auf einfachen Mehrheitsbeschluß des Reichstags zu unterbreiten sei.

Die Beratung über den Reichshaushalt, wobei Verlagerungsgesetz, Streit, Zensur, neue Steuern und noch vieles andere erörtert werden müssen, wird voraussichtlich sehr lebhaft und sehr langwierig werden. Nichts Besseres könnte uns widerfahren, als daß selbst diese wichtigen Verhandlungen durch die Notwendigkeit erneuter Beratung von Friedensverträgen noch weiter hinausgezögert würden.

Emil Basner gestorben.

Es löbte sich immer mehr die Meinung der „Alten“, die noch unter dem Ausnahmegelehr in der Arbeiterbewegung ihren Mann standen. Am 14. Februar starb plötzlich am Herzschlag der Kollege Emil Basner. Sein Name hatte besonders unter unseren Kollegen vom Schmiedeberufe einen guten Klang. Basner wirkte schon 1875 als Mitgestalt bei der Berliner Schmiede-Vereinigung für das Wohl seiner Kollegen. 1876 gründeten die Schmiede ein eigenes Gewerkschaftsblatt. Dieses fand aber nur sehr wenig Abnehmer und es schloß an Geld, um das Blatt aufrecht zu erhalten. Infolgedessen legte der Leiter des Blattes bald sein Amt nieder. Da war es Basner, der in die Lücke sprang. Einmalhalb Jahre leitete er das Blatt ohne Vergütung. Bald darauf wurde der Verband der deutschen Schmiede aufgelöst und das Blatt mußte ebenfalls sein Erscheinen einstellen. Unter dem Druck des Ausnahmegesetzes ruhten die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Schmiede einige Jahre lang. Als am Ende des Jahres 1882 in Hamburg einige Schmiede zusammentraten, um eine Verammlung gegen die Einführung der Arbeitsbücher abzuhalten und einen Fachverein zu gründen, befand sich auch Basner unter ihnen und ihm wurde auch der größte Teil der dazu nötigen Arbeit übertragen. Das war der Anfang der neuen Schmiedeorganisation und von der Zeit an hat Basner immer im Vordergrund der Bewegung gestanden. 1885 wurde die Vereinigung der deutschen Schmiede gegründet. Sofortlich schloß diese Schmiedeorganisation sich dem 1891 gegründeten Deutschen Metallarbeiter-Verbande an und auch Basner gehörte zu den Vorarbeitern des Branchenverbandes. Er war Vorstandsmitglied vom Ausschuss des Schmiede-Verbandes bis zu seinem Übertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Ferner führte er eine zweimonatliche Geschichte der Schmiedeorganisation. Als im Mai 1892 sich die Zentral-Krankenkasse der Schmiede (Sitz Hamburg) auflöste, beschloß eine Anzahl Berliner Kollegen auf Vorschlag Basners, eine neue Kasse zu gründen. Diese erhielt den Namen: Zentral-Unterstützungsverein der Schmiede Deutschlands und Basner wurde zum Vorsitzenden gewählt. 1901 wurde er als beiderseitiger Beamter dieser Kasse eingestellt. Gewerkschaftlich trat er in den letzten Jahren nicht mehr hervor. Auf politischem Gebiet blieb er aber immer noch tätig, gleichwie er auch in jüngeren Jahren dort viel geleistet hat. Was ihn ferner noch auszeichnete, war seine Liebe zu den Wägen und jüngeren Schülern, die auf die Arbeiterbewegung Bezug hatten. Er verstand es, während des Ausnahmegesetzes der Schmiedlern nach verbotenen Schriften ein Schnippen zu schlagen. Auch hat er manchmal gehalten, der ein älteres Buch usw. aus der Arbeiterbewegung brauchte. Man brauchte sich nur an Emil Basner zu wenden und dieser versah es, einem die im Wägenhandel längst vergriffenen Schriften zu beschaffen. Auch der durch den Krieg verursachten Entschädigungen erwarb Basner sich einer kräftigen Gesundheit trotz seines Alters von 65 Jahren. Um so überraschender kam daher die Kunde von seinem plötzlichen Tode. Auch Emil Basner hat sich durch sein Wirken ein ehrenvolles Andenken in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erworben.

Zur Bekämpfung des Schleichhandels

hätte das Kriegsernährungsamt am 17. Januar eine Konferenz von Vertretern der Arbeiterverbände aller Richtungen nach Berlin eingeladen. Die Berliner Volkszeitung brachte darüber folgende Berichte:

Die bereits angeforderte Sitzung der Arbeiterverbände und Gewerkschaften fand gestern im Kriegsernährungsamt statt. Wie wir bereits haben, haben sich die Arbeiter mit den Vereinbarungen, die eine Woche vorher mit den Vertretern der Großindustrie getroffen worden, einverstanden erklärt. Danach soll der Schleichhandel energig bekämpft und die Preisüberhöhung der Großindustrie und einzelner Rohstoffe eingestrichelt werden. Es werde dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter auf legalen Wege die Rohstoffmittel erhalten, die sie zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit gebrauchen.“

Darauf bemerkt das Korrespondenzblatt der Generalkommission (Nummer 5):

Wir möchten uns gegenüber einer solchen geäußerten Berichtserwartung lebhaft verwahren und dazu bemerken, daß die Arbeiterverbände sich sehr wohl mit gutem Grund einverstanden erklärt haben, indem sie in ihren Realisierungen und Wünschen weit auseinandergehen und eine einheitliche Stellungnahme ihrer Organisationszentralen überlassen werden. Entsprechend entspricht der Schlußsatz der obigen Mitteilung den Tatsachen. Was mit dieser Art der Berichterstattung begründet wird, soll uns nicht recht einleuchten.“

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat in letzter Zeit verstanden lassen, daß der Schleichhandel dadurch bekämpft werden müsse, daß man gegen die Händler mit wirtschaftlicher Stärke vorgehe. Das hat zur Folge gehabt, daß viele Unternehmer, die früher auf dem Wege des Schleichhandels Lebensmittel für ihre Arbeiter beschafften und wohl gar noch Geldzufluß dazu leisteten, dies nunmehr eingestellt haben. Die Regierung hat aber noch nichts dazu getan, daß der Arbeiter mehr Lebensmittel zuteil werden und erzwungen werden die in Frage kommenden Arbeiter Not. Der Schleichhandel läßt jedoch häufig weiter, nur mit dem Unterschiede, daß die Waren anderen in die Hände fallen. Das nicht es, daß diese und noch andere

gefaßt wird! Hier kann nur das nützen, was schon im August 1914 der Vorstand der sozialdemokratischen Partei dem Reichstag des Innern empfohlen hat. Man hat sich aber davor geschaut. Jetzt ist es natürlich schwer, den gründlich festgefahrener Karren wieder flott zu machen.

Warum verichont man die Bronzedenkmale?

In der Frankfurter Zeitung (Abendausgabe vom 16. Januar) weist Eugen Kallisch auf die Tatsache hin, daß die Kaisergräber des Königs Domes zum Jahresanfang das neue Jahr eingeleitet hat, daß sie zerfallen und sterben werde, um in hunderttausend Granaten aufzuerleben. Bei dieser Gelegenheit erneuert er den schon wiederholt ergangenen Hinweis darauf, daß „selbst diese chernere Zeit“ sich an „unserer vielgeliebten Deutshaler“ nicht heranzuge. Er sagt dann weiter:

Warum nicht? Ja, das ist eben die Frage, auf die es bisher keine Antwort gegeben hat; auf die aber geantwortet werden muß, wenn wir schon einmal auf dem Metierwege in die höchsten Götterhellen des Reiches sind. Warum genießen die Kirchengötter, die niemandes Auge beleidigen, manche Herzen aber zum Himmel werden helfen, warum genießen sie die Ehre, fürs Vaterland dahinzufahren. Ob die tausend Dugend Denkmäler zum Heeresdienst umberufen sind? Die patriotisch geschwellten Meiter- und Standfiguren hätten als die Ersten die Pflicht dazu. Das laudenswürdigste allegorische Geblitz der Brunnennymphen und Brückenengel käme gleich hinterher, denn sie haben kaum weniger gute Bronze verschluckt. Vor den berühmten Söhnen der Vaterstadt dürfte nicht Halt gemacht werden.

Unter all diesen plastischen Fierden unserer Städte und Kunststätten ist ein so erheblicher Haufen in krater schon von Geburt an, daß die Befreiung von diesem monumentalen Stumpfstein eine große Wohltat wäre. Deshalb wird sie uns vorenthalten? Fürchtet man, dynastische oder vaterländische Gefühle zu entwurzeln dadurch, daß man die vergänglichsten und zum Teil minderwertig gestalteten Symbole dieser Gefühle den erhabensten Zwecken des Vaterlandes opfert? Kaufschmidt und die vielen anderen, die schon diese Forderung erhoben haben, haben ohne Zweifel recht. Ein sehr großer Teil der Denkmale besteht aus überflüssigem Surzackisch und dient den öffentlichen Plätzen der deutschen Städte nur zur Unzierde. Wenn schon leider noch immer Munition in Massen gemacht werden muß, so wäre es für die mehr oder weniger „schön“ gerateten Bronzemannlein und -weiblein usw. sozulagen ein Vergräbnis erster Klasse, wenn sie bei dieser Gelegenheit in den Schmelztiegel wandern müßten.

Die Schmiedegesellen.

Unter dieser Epithete bringt die Rheinisch-Westfälische Zeitung (Nr. 1032 vom 30. Dezember 1917) folgendes:

„Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Die Wucht handlicher Arbeiten scheint immer weiter Frauenarbeitgebiet zu werden. Zu den Häuten- und Werftarbeiterinnen hat sich jetzt auch die Schmiedegesellen durchgearbeitet, und in einzelnen Fuß- und Wagen-Schmieden hantieren die ersten Frauen mit glühender Zange und dem Schweißkolben. Der Schmiedemeister ist unter den Handwerksmeistern wohl derjenige gewesen, der sich am zähesten gegen die weibliche Mitarbeit gewehrt hatte. Gerade die genaue Zoll- und Minutenarbeit, die durch Feuersglut erhitzene Beschäftigung und das hammerfeste Zugreifen, wie es das Schmiedehandwerk fordert, machten ihn misstrauisch gegen den weiblichen Schmiedehelfer. Aber mit dem Vordringen der Handwerkerin in Hochöfen und Maschinenfabriken verringerte sich sein Vorurteil, und bis auf Widerruf hat jetzt mancher biedere Schmiedemeister Frauen eingestellt. Es sind natürlich nicht die zartbehaarten Frauen, die sich zu dieser kraftvollen Arbeit entschließen, aber unbedingt die kräftigen und resoluten, die das feste Zugreifen lieben und sich von der handwerksmäßigen Ausbildung Gewinn versprechen. Ueber das Lehr- und Arbeitsverhältnis herrschen in den einzelnen Schmieden, wo man die Frauen mehr als Aushilfsarbeiterin, denn als Helferin betrachtet, noch keine allgemeinen Bedingungen, und das persönliche Wohlwollen unter einander gilt vorläufig. Es gibt indessen schon jetzt Suffizienten, in deren planmäßig die Schmiedin ausgebildet wird, und ihr Lehrverhältnis dem der männlichen Lehrlinge gleichkommt. Ja, es gibt bereits Schmiedegeselleninnen, vereinzelt sind es die Töchter der Meister, die ihren Lehrgang gut und sicher bestanden, und die das Eisen dem Genuß kunstgerecht untergeschlagen können. Sie stehen in gutem Verdienst und haben ihre Lehrmeister nicht gerade enttäuscht. Dem Auge ist es freilich noch ein ungewohntes Bild, die Frauen im Schürzfell, in Huberhoften und Schürmülie über dem schwellenden Feuer, am Blasebalg oder dem Pferdehuf zwischen den Häuten arbeiten zu sehen. Aber wir werden uns auch daran gewöhnen.“

Wir dürfen glauben, daß der letzte Satz aufrichtig gemeint ist. Die Arbeit, die der Rheinisch-Westfälischen Zeitung nahelegen, werden sich um so lieber an den Anblick gewöhnen, je leichter sich die Frau als Lohnrückerin gebrauchen lassen wird.

Die Feuerungszulagen kein Geschenk.

Unternehmer lieben es, bezüglich der Feuerungszulagen so zu tun, als ob es sich dabei um eine in der Freigebigkeit und dem Wohlwollen der Arbeitgeber beruhende besondere Zuwendung handele. Dieser Standpunkt wird natürlich von den Arbeitern glatt abgelehnt. Sie erachten die Feuerungszulagen als eine Erhöhung des Entgelts für die Arbeitsleistung, welche Erhöhung sich rechtfertigt durch den infolge der allgemeinen Steigerung der Preise für alle Nahrungs- und Bedarfsgegenstände gesunkenen Geldwert. Wie der Geldwert allgemein gesunken ist, so ist auch der Lohnbetrag als Gegenleistung für die Leistungen des Arbeiters im Werte gesunken, so daß der Arbeiter mit Zug und Recht eine dem Sinken des Geldwertes entsprechende Lohnerhöhung beanspruchen kann. Diese Auffassung von dem Wesen der Feuerungszulagen erhält ihren antilichen Stempel durch eine kürzlich gefällte grundsätzliche Entscheidung des Reichsberichterungsamts. Dieses hat sich in einer Streitfrage, welche die Frage betraf, ob die Feuerungszulagen auch Entgelt für die Arbeitsleistungen oder nur eine besondere Zuwendung bildeten, die für die Krankenversicherung unbeachtlich bliebe, wie folgt ausgeprochen:

Als Geschenke stellen sich aber die den Beschäftigten gewährten Feuerungszulagen im allgemeinen nicht dar; dies gilt insbesondere dann, wenn es sich nicht um einmalige oder gelegentliche, sondern, wie hier, um größeren Gruppen von Beschäftigten in regelmäßiger Wiederkehr gewährte Leistungen handelt. Feuerungszulagen werden im allgemeinen während des Krieges deshalb gezahlt, um die infolge der allgemeinen Verteuerung in ihrem Werte gesunkene Gegenleistung des Arbeitgebers auf die zurzeit angemessene Höhe zu bringen und die Lohnhöhe den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder anzupassen.

Diese Auslassung des Reichsberichterungsamts sei manchem Unternehmer zum Nachdenken empfohlen. So natürlich sie ist, so schwer kann sie in der Gedankenwelt mancher Unternehmers Eingang finden.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
- Samstag, 9. März: Stuttgart, Kärntnerhof, 8 Uhr.
 - Samstag, 16. März: Apsda, Forsthaus, halb 9 Uhr.
- Grüßten.**
- Kugsborg, Georg Gey, Kantonleuer, 50 Jahre.
 - Alois Hunst, Metzger, 49 J.
 - Wilhelm Strupp, Hammer, 47 Jahre, Kugsborg.
 - Reipzig, Hermann Horn, Heizungsmeister, 49 Jahre, Metzger.
 - Otto Opitz, Schlosser, 81 Jahre, Dübenerhof.
 - Georg Heise, Fuher, 56 Jahre, Metzger.
 - Wilhelm Schmidt, Schlosser, 63 Jahre, Metzger.
 - Anna Michel, Arbeiterin, 55 Jahre, Metzger.
 - Oswald Weigt, Hammer, 65 Jahre, Eisenhütten.
 - Ernst Galm, Dreher, 61 J., Metzger.
 - Robert Gies, Schlosser, 61 J., Metzger.
 - Karl Kratz, 159 J.